

Bundestagspräsident kritisiert Sparpaket

Lammert: Spitzenverdienern mehr abverlangen

Düsseldorf (epd). Kritik am Sparpaket der Bundesregierung kommt auch von Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU). „Als Signal für die Notwendigkeit einer breiten, gemeinsamen Anstrengung in unserer Gesellschaft hätte ich mir gewünscht, dass auch die Spitzeneinkünfte einen besonderen Beitrag zu leisten haben“, sagte Lammert der in Düsseldorf erscheinenden „Rheinischen Post“ (Mittwochsausgabe). Ein solcher Beitrag wäre „ganz sicher nicht konjunkturschädlich gewesen“.

Die Spar-Vorschläge der Regierungskoalition von CDU und FDP seien zwar „insgesamt gut doziert“, sie träfen aber viele Bezieher mittlerer und kleiner Einkommen sowie Hartz-IV-Bezieher, sagte der Bundestagspräsident. „Insofern sollten wir auch den Glücklichen in der Gesellschaft, die über ein besonders hohes Einkommen verfügen, einen zusätzlichen Beitrag abverlangen.“ Lammert erwartet, dass dies Thema der parlamentarischen Beratungen zum Sparpaket sein wird.

DGB: Von NRW aus unsoziale Sparbeschlüsse stoppen

Düsseldorf (epd). Der DGB in NRW ruft dazu auf, von NRW aus die „unsinnigen und unsozialen Sparbeschlüsse der schwarz-gelben Regierungskoalition“ zu stoppen. Nordrhein-Westfalen brauche eine stabile Landesregierung, die die Interessen der Arbeitnehmer in den Mittelpunkt der Politik rückt, heißt es in einer am Dienstag in Düsseldorf veröffentlichten Erklärung.

Die „sozial völlig unausgewogenen Sparbeschlüsse der CDU-/FDPRegierungskoalition“ zeigen nach Ansicht des DGB, wie wichtig ein grundlegender Politikwechsel auch auf Bundesebene ist. Die Bundesregierung kürze weiter bei den Schwächsten, verschone aber die Vermögenden. Das sei nicht nur sozial ungerecht, sondern auch wirtschaftlich unvernünftig. Notwendig seien vielmehr Maßnahmen, mit denen die Einnahmen über mehr Beschäftigung und Besteuerung privater Vermögen erhöht werden, fordert die Gewerkschaft.